

## **Antrag**

---

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### **Kitaplatzausbau vorantreiben – Konsequenzen aus der Bevölkerungsprognose ziehen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, auf Basis der Bevölkerungsentwicklung die Zielzahlen bedarfsgerecht zu erhöhen und den Ausbau von Plätzen in Kita und Kindertagespflege entsprechend zu intensivieren.

Die aktualisierte Kitaentwicklungsplanung ist gemeinsam mit den Kitaträgern und den Bezirken in einem laufenden Prozess als Richtlinie zu aktualisieren, um den Förderatlas anzupassen, den Rechtsanspruch der Kinder auf einen Kita-Platz zu erfüllen und somit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter zu verbessern. Dementsprechend sind unter anderem folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Es sind zusätzliche finanzielle Ressourcen für den Platzausbau zur Verfügung zu stellen. Für die Jahre 2022 und 2023 ist ausreichend Vorsorge bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes zu treffen.
- Bei der Finanzierung von Ausbaumaßnahmen sind Maßnahmen der Kitaträger für Eigenküche und Flächen für Kooperationsangebote nach § 16 SGB VIII als förderfähig anzusehen. Es kann im Einzelfall die Höchstgrenze zur Förderung eines Neubaus überschritten werden, wenn dadurch Flächen für Mehrfachnutzung (bspw. gemeinsames Kochen und Familienangebote) geschaffen werden.
- Das Land Berlin wird sich gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass der Bund die Länder weiter beim Kitaausbau finanziell unterstützt.

Um dem Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz Genüge zu tun, ist der Kitaentwicklungsplan (KEP) der Bevölkerungsentwicklung anzupassen. Dem Abgeordnetenhaus ist ab dem 1. Januar 2022 halbjährlich zu berichten.

### ***Begründung***

Die Bevölkerungsentwicklung macht deutlich, dass die Gruppe der Kinder im Vorschulalter um rund 15.000 Personen anwachsen wird. Trotz der Fortschritte bei der Schaffung von neuen Kitaplätzen in den vergangenen Jahren ist die Versorgungslage weiterhin angespannt. Es besteht auch in diesem und in den folgenden Kitajahren die Gefahr einer Unterversorgung, sofern das Land den Platzausbau nicht weiter forciert und entscheidend voranbringt. Dank der zusätzlichen Mittel durch den Bund ist es möglich, in den kommenden beiden Jahren in einem ersten Schritt weitere Plätze zu schaffen. Diese Mittel werden aber nicht ausreichen, um den tatsächlichen aufwachsenden Bedarf abzusichern. Bereits jetzt sind alle im laufenden Landeshaushalt eingestellten Mittel gebunden bzw. ihre Verwendung vornotiert.

Den zusätzlichen Bundesmitteln stehen auf einer Warteliste Anträge in einer Höhe von über 100 Millionen Euro gegenüber. Es muss bereits jetzt sichergestellt werden, dass der Kitaausbau in den nächsten Jahren lückenlos bedarfsgerecht fortgesetzt wird und nicht ins Stocken gerät. Nur so kann der Rechtsanspruch der Kinder auf einen Kitaplatz oder einen Platz in der Kindertagespflege gesichert werden.

Auf Basis der vom Senat beschlossenen Berliner Ernährungsstrategie sind die Einrichtungen bei infrastrukturellen Maßnahmen (z.B. Eigenküchen) im Rahmen bestehender Förderprogramme zu unterstützen. Auch sozialräumliche Bedarfe für Familienfördermaßnahmen, wie z.B. Angebote der Familienzentren, sind, wo nötig und möglich, zu fördern.

Berlin, den 27. April 2021

Saleh Kühnemann-Grunow  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Helm Schatz Seidel  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke

Kapek Gebel Burkert-Eulitz Remlinger  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen